

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TUR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 23. April 1965

Blatt 865

Wiener Feuerwehr als "Wasserwehr" im Burgenland

=====

23. April (RK) Gestern vormittag erreichte die Wiener städtische Feuerwehr ein Hilferuf aus dem Burgenland: Hochwasser des Stooberbaches, des Gaberlingbaches und des Raidingbaches sowie ein Dambruch des Radnitzbaches haben die Ortschaften Strebersdorf und Frankenuau bis zu einer Höhe von 80 Zentimeter überschwemmt. In Oberpullendorf waren fünf Erwachsene, 15 Kinder und ein Hund vom Hochwasser in ihren Häusern eingeschlossen. In Strebersdorf konnten 45 Personen ihre Wohnungen nicht verlassen und in einem verlassenen Gehöft brüllten neun Kühe, die sich rings von Fluten umgeben sahen. In Frankenuau war die sogenannte Mileder-Mühle durch das naße Element völlig von der Umwelt abgeschnitten.

Die Wiener Feuerwehr rückte mit einem Taucherfahrzeug und einem Boot aus und konnte in 14stündigem Einsatz alle von den Fluten eingeschlossenen Personen und Tiere bergen. Sie untersuchte auch, ob in den von der Überschwemmung heimgesuchten Gebäuden keine Einsturzgefahr besteht und veranlaßte entsprechende Maßnahmen.

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

23. April (RK) Unter dem Vorsitz von GR. Marek trat der Wiener Gemeinderat heute vormittag zu einer Geschäftssitzung zusammen.

Anteilnahme zum Tod des Kanalarbeiters

Der Vorsitzende gedachte eingangs des verunglückten Wiener Arbeiters Johann Hager, der in Favoriten bei Arbeiten an einem Einstiegskanal von Wassermassen überrascht und weggeschwemmt wurde. Im Namen des Wiener Gemeinderates sprach GR. Marek der Familie des Verstorbenen die innigste Anteilnahme aus und dankte dem Arbeitskollegen Franz Kuntner und allen Menschen, die versucht hatten, das Leben Hagers zu retten, für ihren mutigen Einsatz. Die Gemeinderäte hatten sich während dieser Kundgebung von den Plätzen erhoben.

Anfragen und Anträge

An Anfragen lagen vor: zwei von der KLS und zwei von der FPÖ.

Folgende Anträge waren eingelangt: von der FPÖ betreffend "Verwendung von Kunststoffmaterial bei Fuhrbahnmarkierungen" sowie betreffend "Errichtung eines Freibades in Wien 23, Mauer"; von der KLS betreffend "Verbesserung der Fürsorge für alte, hilflose Menschen"; von der ÖVP betreffend "die finanzielle Situation der Wiener Stadthallen-Stadion-Betriebs- und Produktionsgesellschaft mbH. durch die Spielfilmproduktion" sowie betreffend "Fahrpreisbegünstigungen für Zivilinvaliden auf den städtischen Verkehrsmitteln" sowie betreffend "Einführung von Maßnahmen zur Förderung und Verbesserung der Bautätigkeit" sowie betreffend "periodische Vorlage von Berichten über die finanzielle Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Stadt Wien" sowie betreffend "Bereitstellung von Wohnungen für Absiedlungsfälle".

Ferner hatte die ÖVP an die Amtsführenden Stadträte für Bauangelegenheiten und für Finanzwesen eine Anfrage, betreffend "Die derzeitige Situation auf dem Wohnbausektor beziehungsweise die finanzielle Entwicklung bei der Stadtverwaltung" gerichtet. Dazu wurde die Verlesung verlangt und der Antrag auf Besprechung gestellt. Darüber wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt.

Neue Aufsichtsratsmitglieder der Städtischen Versicherung

Da die Amtszeit des derzeitigen Aufsichtsrates der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt am 12. Juni endet, wählte der Wiener Gemeinderat folgende neue Aufsichtsratsmitglieder: von der SPÖ die bisherigen Mitglieder Generaldirektor Dr. Hans Buchner, die Gemeinderäte Dr. Josef Bohmann, Helene Potetz, Hans Schiller, Bezirksvorsteher Franz Seitler und Gemeinderat Dr. Wilhelm Stemmer; von der ÖVP als neue Mitglieder die Gemeinderäte Otto Pelzelmayr, Dkfm. Dr. Maria Schaumayer und Heinrich Kowarsch.

In Wien: Entfallender Kultur Groschen durch allgemeine Steuermittel ersetzt

GR. Dipl.-Volkswirt Karoline Pluskal (SPÖ) referiert sodann einen Antrag, auf der Rubrik 301, Kultur- und Volksbildungsangelegenheiten, eine neue Post, Förderungsbeiträge als Ersatz für die entfallene Förderung aus dem Kultur Groschen, mit einem Betrag von sechs Millionen Schilling zu genehmigen. Die Bedeckung hat mit einem Betrag von einer Million in Mehreinnahmen der Vermögenssteuer und mit fünf Millionen in der Reserve für unvorhergesehene Ausgaben zu erfolgen. Die Referentin stellt fest, daß mit Ende des Jahres 1964 das Kultur Groschengesetz abgelaufen ist, da im Parlament kein Antrag auf Verlängerung dieses Bundesgesetzes eingebracht wurde. Der Kultur Groschenbeitrag erreichte im Jahre 1958 mit elf Millionen Schilling seinen Höhepunkt. Seither ging der Wiener Anteil zurück und betrug im Jahr 1964 rund 6,4 Millionen. Dieser Kultur Groschen wurde zur finanziellen Unterstützung kultureller Einrichtungen, im besonderen auch zur Förderung von Privattheatern, verwendet. Durch den Wegfall der Förderungsbeiträge aus dem Kultur Groschen sind nun die verschiedenen kulturellen Einrichtungen in ihrem Bestand gefährdet. Der vorliegende Antrag soll nun der Ersatz für die weggefallene Förderung aus dem Kultur Groschen sein und die weitere Förderung kultureller Institutionen ermöglichen.

GR. Eleonora Hiltl (ÖVP) stellt fest, daß mit dem heute zu fassenden Beschluß die Möglichkeit gegeben wird, kulturelle Institutionen weiterhin zu fördern. Als das Kultur Groschengesetz vor Jahren beschlossen wurde, standen wir vor einer anderen Situation als heute.

Der Kultur Groschen, der auf die Kinokarte aufgeschlagen wurde, brachte damals größere Erträge, da die Zahl der Kinobesucher groß war, während die anderen kulturellen Institutionen finanziell schwer zu kämpfen hatten, um ihren Betrieb aufrecht erhalten zu können. Damals mußten die Kinobesucher also einen Beitrag leisten, um andere kulturelle Institutionen zu fördern. Im Laufe der Jahre hat sich die Situation jedoch geändert. Die Lage der Kinos ist viel ungünstiger geworden und es ist verständlich, daß man die Kulturförderung auf diese Weise nicht weiterführen kann. Es kam daher im Parlament zu keiner Verlängerung des Kultur Groschengesetzes. Alle Parteien waren damit einverstanden. Die verschiedenen kulturellen Institutionen würden nun jedoch durch den Wegfall der Förderungsmittel in große finanzielle Bedrängnis kommen. Es war daher selbstverständlich, daß man eine Lösung finden mußte, um die ausfallenden Millionenbeträge ersetzen zu können. Mit dem heute vorliegenden Antrag sei nun eine gute Lösung gefunden, die es möglich macht, auch in Zukunft Sorge zu tragen, daß das kulturelle Leben unserer Stadt, seien es ihre Theater, Orchester, Volksbildung und all die anderen kulturellen Veranstaltungen, weiter gefördert werden können. Die ÖVP werde dem vorliegenden Antrag mit Freude zustimmen.

GR. Liwanec (SPÖ) erklärt, daß zwar gesagt wurde, daß das Kultur Groschengesetz seit Beginn dieses Jahres nicht mehr existiert, daß aber nicht darauf hingewiesen wurde, warum es dazu kam. Er würde gerne erfahren, an welchem Tag im Parlament alle Parteien zugestimmt haben, daß das Gesetz nicht verlängert wird. Soweit die Öffentlichkeit darüber informiert wurde, hat der Bundesminister für Unterricht das Gesetz nicht mehr vorgelegt und als einzige Begründung dafür angegeben, daß es Schwierigkeiten bei einer neuen Verlängerung gegeben hätte. Er hat durch seine einseitige Handlung die Länder und Gemeinden schwer geschädigt und einen entscheidenden Eingriff in die Rechte der Bundesländer getan.

Man muß nun mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, daß Wien das erste Bundesland ist, daß die ausfallenden Beträge auf andere Art ersetzt.

Die Kulturschaffenden dieser Stadt haben die Förderungsmaßnahmen des Kulturamtes mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen. Leider muß für die Bereitstellung auch die oft kritisierte Rathaus-Milliarde herhalten. Eine logische Überlegung zwingt dazu nachzudenken, wie es aussehen würde, wären die Finanzen dieser Stadt nicht so in Ordnung, wie sie es eben sind. Die kritische Situation auf dem Sektor der Filmwirtschaft wird durch den Wegfall dieses Kultur-groschens jedoch auch nicht gebessert werden. Die 30 Groschen, die auf die Kinokarte aufgeschlagen wurden, und die nun wegfallen, werden kaum zu einer Steigerung der Besucherzahl führen. Der Wegfall des Kultur-groschens hätte mit einem Vorschlag zur Lösung der Kinokrise gekoppelt werden müssen. Es wäre zu wünschen gewesen, der Unterrichtsminister hätte eine andere Steuer aufgelassen, nämlich den 13 Monatsbeitrag, den die Rundfunkhörer zahlen müssen und der zur Gänze dem Unterrichtsministerium zufließt. Auch gegen eine Einführung eines Fernsehschillingsmüsse man entschieden auftreten, den auch er könnte, wie das beim Kultur-groschen so gerne getan wurde, als "Kopfsteuer" bezeichnet werden.

Abschließend hofft der Redner, daß es bald auch den anderen Ländern möglich sein wird, ihre kulturellen Einrichtungen ebenso wie Wien weiterhin zu fördern.

Die Referentin, GR. Dipl.-Volkswirt Pluskal verzichtet auf das Schlußwort.

Der Antrag wurde bei der Abstimmung einstimmig angenommen.

Neue Theresienbad-Schwimmhalle für Schuljugend-Schwimmunterricht

Hierauf legt Stadtrat Pfösch (SPÖ) den Antrag auf unentgeltliche Benützung der Schwimmhalle des städtischen Theresienbades zur Durchführung des obligatorischen Schwimmunterrichtes für die Wiener Schuljugend vor.

GR. Lauscher (KLS) begrüßt den Antrag, rollt aber in diesem Zusammenhang die Frage des Dianabades auf. Einerseits, sagt er, wird ein neues Bad in den obligatorischen Schwimmunterricht unserer Schulen einbezogen, andererseits aber tausenden jungen Menschen die Möglichkeit zum Schwimmunterricht im Dianabad genommen. Der Redner unterstreicht die Bedeutung des Dianabades als Kur- und Sportanstalt sowie seine außerordentlich günstige Lage und stellt an den Stadt-

rat mehrere Fragen. Er erkundigt sich, wie nach dem Zusammenbruch der Verhandlungen die Situation eingeschätzt wird, aus welchen Gründen sich die Verhandlungen zerschlagen haben und was die Gemeindeverwaltung zu unternehmen gedenkt, um die Fortführung dieser wichtigen Badeanstalt zu sichern bzw. die Errichtung einer neuen Anstalt auf diesem Platz zu ermöglichen. Die Gemeindevertretung habe die Pflicht, der betroffenen Bevölkerung, die dieses Problem beunruhigt, auf diese Fragen eine eindeutige Antwort zu geben.

GR. Peter (FPÖ) gibt dem Antrag gleichfalls seine Zustimmung und befaßt sich dann unter Berufung auf Zeitungsmeldungen mit der angekündigten Sperre des Dianabades. Für die Leopoldstädter war die Ruine ein großes Ärgernis. Nun soll an seiner Stelle ein Bürohaus errichtet werden. Nichts gegen Bürohäuser, wenn aber an der Stätte, die für die Gesunderhaltung und Gesundwerdung der Bevölkerung einen großen Beitrag leisten soll, ein Bürohaus errichtet wird, dann wird nicht im Interesse der Bevölkerung gehandelt. Es heißt, daß die Gemeinde Wien sich deshalb nicht näher engagiert hätte, weil sie in finanziellen Schwierigkeiten ist, weil die Rathaus-Milliarde nicht mehr voll vorhanden sei. Es ist bedauerlich, daß es keine Fragestunde gibt, so muß man den Umweg über Zeitungen nehmen. Aber es muß uns interessieren, was an den Meldungen dran ist, ob das alles Rolle spielt. Der Amtsführende Stadtrat - eventuell auch der Finanzreferent - möge Auskunft geben. Man könne nicht so tun, als ob nichts wäre. Man könne nicht sagen, wir haben nichts gesehen, nichts gehört, nichts gelesen.

GR. Bittner (ÖVP) hebt die Bedeutung des Schwimmunterrichts in den Schulen für die Gesundheit der jungen Menschen und in sportlicher Hinsicht hervor. Im Bereich des Stadtschulrates für Wien haben im letzten Schuljahr 9.473 Schüler und Schülerinnen am Schwimmunterricht teilgenommen, wovon 60 Prozent Anfänger waren. Der Schwimmunterricht wurde in insgesamt 160 Pflichtschulklassen erteilt, davon die Hälfte im Dianabad. Von den höheren Schulen haben im letzten Schuljahr 20.000 junge Menschen am Schwimmunterricht teilgenommen. Der Schulschwimmen allein genügt aber nicht. Bedauerlicherweise aber stehen manche Schwimmhallen für den Schwimmsport nicht im notwendigen Ausmaß zur Verfügung. Das Amalienbad zum Beispiel ist für Sportvereine an drei Tagen in der Woche überhaupt geschlossen,

und an den übrigen Tagen hat der größte Schwimmklub, die Union, nur zwischen 21 und 22 Uhr die Möglichkeit, den Schwimmsport auszuüben. Man muß berücksichtigen, daß Jugendliche zu einer so späten Stunde nicht teilnehmen können.

Die Zeitungsmeldungen, daß das Dianabad geschlossen werden soll, seien äußerst alarmierend. Da 50 Prozent der Wiener Pflichtschuljugend und 100 Prozent der Schüler der höheren Schulen den Schwimmunterricht in Dianabad genießen, kann es uns nicht gleichgültig sein, was damit geschieht. Da wäre auch die Eröffnung eines neuen Bades kein Fortschritt. Der Redner bittet gleichfalls um Auskunft, ob alles getan wird, damit der Schuljugend, aber auch den erwachsenen Sportlern das Dianabad erhalten bleibt.

GR. Nekula (SPÖ) hebt hervor, daß der vorliegende Antrag die Fortsetzung der Bemühungen der sozialistischen Gemeindeverwaltung aus dem Jahre 1926 darstellt. Vor 39 Jahren wurde der Antrag auf unentgeltlichen Schwimmunterricht in den städtischen Bädern Jörgerbad und Amalienbad gestellt. Die Freude der Lehrerschaft über die Eröffnung des Theresianbades ist verständlich, denn dadurch wird der Anmarschweg verkürzt und die Gefahr für die Kinder verringert. Aber auch die erwachsene Bevölkerung der umliegenden Bezirke ist erfreut über das neue, schöne Bad. Es stimmt nicht ganz, wenn davon gesprochen wird, daß die Schließung des Dianabades für einen Teil der Schuljugend einen längeren Anmarschweg mit sich bringen wird. Bisher mußten Kinder etwa aus Hietzing quer durch die Stadt fahren. Dieser Weg wird nun verkürzt.

Wenn sich GR. Peter besorgt um die Rathaus-Milliarde äußerte dann sei gesagt: Bereits vor fünf oder sechs Jahren haben die Bemühungen zum Ankauf, zur Sanierung und Erhaltung des Dianabades begonnen. Damals haben allerdings die gleichen Zeitungen noch geschrieben: Heraus mit der Rathaus-Milliarde. Die Sorge ist unbegründet, daß finanzielle Schwierigkeiten wären, sondern es handelt sich um Forderungen, die gewisse Gruppen stellen, die nicht im Interesse der Bevölkerung gelegen sind und bei denen es rein um Profitinteressen geht.

Der Redner dankt als Vertreter der Meidlinger Bevölkerung der Stadtverwaltung für das schöne neue Bad, das ein neuer sportlicher und kultureller Mittelpunkt unserer Stadt werden wird.

Berichterstatter Stadtrat Pfoch erklärt in seinem Schlußwort: Es ist genau zwanzig Jahre her, daß das Gebiet am Donaukanal Hauptkampflinie war, alle Donaukanalbrücken von der SS gesprengt wurden und das Dianabad zur Ruine geschossen wurde. Die Bedeutung des Dianabades als Schwimm- und Kurbad ist jedermann durchaus bewußt. Es geht hier jedoch darum, den Wunsch mit den Möglichkeiten zu verbinden. Es geht darum, daß die Stadt Wien gezwungen werden sollte, jeden Preis zu bezahlen. Die Finanzverwaltung, die, zuletzt gemeinsam mit der Zentralsparkasse, die Verhandlungen führte, hat den beiden Baufirmen 80 Millionen Schilling angeboten, jedoch keine Abschlußbasis damit gefunden. Die Stadt Wien wäre bereit gewesen, ein neues Bad auf dem Grundstück des Dianabades um 120 Millionen Schilling zu errichten. Nach den derzeitigen Gesetzen können Private jedoch nicht zum Verkauf gezwungen werden. Der Stadt Wien hingegen kann nicht zugemutet werden, jeden Preis zu zahlen. Dadurch ist die jetzige unangenehme Situation entstanden.

Abschließend weist Stadtrat Pfoch darauf hin, daß die Stadtverwaltung stets darum bemüht ist, für die Bevölkerung neue Bäder zu schaffen. Ende Mai soll nun das neue Theresienbad eröffnet werden, zahlreiche andere Bäder wurden generalrenoviert, der Wiederaufbau des Amalienbades zum Beispiel kostete soviel, wie der Neubau seinerzeit gekostet hatte.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Bau des "Krankenhauses Ost" grundsätzlich genehmigt

Zum nächsten Antrag, den Neubau des Altersheimes und Krankenhauses Ost zwischen Langobardenstraße und Wulzendorfstraße im 22. Bezirk grundsätzlich zu genehmigen, und die notwendigen Schritte zur Beschaffung der Baupläne sowie zur Durchführung der Vorbereitungsarbeiten einzuleiten, referierte Stadtrat Dr. Glück (ÖVP). Wie er erklärte, mache die ständige Zunahme der Bevölkerung jenseits der Donau diesen Krankenhausbau notwendig. Die Gesamtbettenzahl wird 1.000 betragen, nämlich je 500 Betten im Krankenhaus und im angeschlossenen Altersheim. Das Bauvorhaben wird gegenwärtig in der Planungskommission behandelt. Die Ausarbeitung der detaillierten Planungsunterlagen werde naturgemäß einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen, daher könnten auch die Gesamtkosten des Vorhabens noch nicht genannt werden. Das Raum- und Funktionsprogramm werde in Kürze vorliegen.

In der Debatte begrüßt GR. Maller (KLS) die Initiative der Gemeinde Wien auf diesem Gebiet und betont, daß die Dezentralisierung der Spitäler und Altersheime ein guter Weg sei. Im weiteren weist er auf den Personalmangel in den Spitälern hin und verlangt in diesem Zusammenhang, daß schon jetzt rechtzeitig Vorsorge dafür getroffen werden müßte, Personal für das neue Spital anzuwerben.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) unterstreicht, daß es eine selbstverständliche Pflicht der Stadtverwaltung sei, im Gebiet jenseits der Donau ein Zentrum für die gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung zu errichten. Das Floridsdorfer Krankenhaus habe nur eine Kapazität von 250 Betten, wichtige Abteilungen seien nicht vorhanden. Für die 150.000 Einwohner dieses Gebiets gäbe es keine Geburtshilfe und keine Unfallstation. Noch größerer Bedarf herrsche bei den Altersheimen, wo ständig 600 Betten fehlten. Daher sei die Kombination Krankenhaus-Altersheim besonders erfreulich.

Auch GR. Dr. Hirnschall weist auf das Personalproblem hin und meint, daß es hier bisher an der Planung gefehlt habe. Dies würde von der Tatsache unterstrichen, daß es derzeit in Wien 880 gesperrte Krankenhausbetten gebe. Der Redner verlangt daher eine intensivere Personalwerbung, eine größere Aufwertung des Krankenschwesternberufs und eine umfassendere Bereitstellung von Dienstwohnungen für das Pflegepersonal. In diesem Zusammenhang stellt er die Frage, ob solche Wohnungen bei der Planung für das Krankenhaus Ost berücksichtigt worden seien. Darüber hinaus aber müsse auch verheirateten Schwestern mehr Möglichkeit geboten werden, im Dienst zu bleiben, innerhalb der Anstaltsbereiche müßten daher zum Beispiel mehr Kindergärten errichtet werden. Abschließend fordert er, keine Verzögerungen bei der Ausarbeitung der Detailpläne zuzulassen.

GR. Lehner (ÖVP) will zu Beginn seiner Ausführungen GR. Nekula korrigieren, der von Erfolgen der "sozialistischen" Stadtverwaltung gesprochen habe. Es gäbe nur eine Stadtverwaltung, in der arbeitet die ÖVP seit Jahren gerne und mit Erfolg mit. Der referierte Antrag sei enorm wichtig und schon seit langem vorbereitet worden. In der Budgetdebatte 1964 sei bereits von zahlreichen Rednern die Notwendigkeit eines Krankenhauses Ost unterstrichen worden.

Auch Bürgermeister Jonas habe in seiner Antrittsrede nach seiner letzten Wiederwahl das Projekt als vordringlich dargestellt. Stadtrat Dr. Glück schließlich habe Ende Februar Journalisten gegenüber erklärt, daß mit einem baldigen Baubeginn gerechnet werden könne. Am 5. März hätten dagegen die Tageszeitungen gemeldet, daß Vizebürgermeister Slavik eine andere Rangordnung vorgesehen habe und das Krankenhaus Ost erst nach anderen Spitalsbauten verwirklicht sehen wolle. Der Bevölkerung habe sich Beunruhigung bemächtigt und sie könne es nicht verstehen, daß unter Mitgliedern des Wiener Stadtsenates so verschiedene Meinungen herrschen und sogar zwischen Bürgermeister Jonas' und Vizebürgermeister Slaviks Meinung Widersprüche bestehen. (Zwischenruf; Vizebürgermeister Slavik: Das ist unrichtig. Es gibt da absolut keinen Widerspruch!)

Die Bezirke 21 und 22 zählen zusammen 147.915 Einwohner. Das Krankenhaus Floridsdorf verfügt nur über 258 Betten. Deshalb ist das Krankenhaus Ost für die Gebiete links der Donau eine dringende Notwendigkeit. Die Bevölkerung wolle jedoch verbindlich erfahren, wann mit dem Bau begonnen wird. Das vorliegende Raum- und Funktionsprogramm zeigt auf 60.000 Quadratmeter Fläche eine Anlage, die als Musterkrankenhaus wird angesprochen werden können. Es wäre auch wichtig, im Zusammenhang mit dieser Anstalt eine Schwesternschule zu gründen. Denn in den Gebieten links der Donau wäre wahrscheinlich leichter Personal zu bekommen.

Die Verbindung eines Akut-Spitals mit 500 und eines Alterskrankenhauses mit ebenfalls 500 Betten bedeute einen großen Schritt in Richtung auf das Ideal einer großstädtischen Kranken- und Altenbetreuung. Man müsse bedenken, daß 15 Prozent aller Patienten, die durch die vorbildlich funktionierende Bettenzentrale in die Spitäler eingewiesen werden, mehr als 80 Jahre alt sind.

Die ÖVP-Fraktion des Wiener Gemeinderates erwarte daher die schnellstmögliche Realisierung dieses Spitalsprojektes, nicht, weil es eine alte Forderung der ÖVP darstelle, sondern weil es dabei um die Betreuung unserer Kranken und Alten gehe.

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) begrüßt das Spitalsprojekt als Mandatar dieses Stadtteiles, in dem das Krankenhaus Ost errichtet wird, ganz besonders und bezeichnet es als eine soziale Tat erster Ordnung, die einem echten Bedürfnis entspricht.

Will man auf die Frage der "Urheberschaft" dieses Projektes eingehen, darf man nicht verschweigen, daß der erste Anstoß zur Planung eines Krankenhauses links der Donau von Bürgermeister Jonas ausgegangen ist. Bürgermeister Jonas hat als erster auf die Notwendigkeit dieses Krankenhauses hingewiesen und man muß ihm deshalb das Urheberrecht dieser Idee belassen. (Zwischenruf GR. Hahn, ÖVP: "Wir haben halt ein bisserl nachgeholfen!")

Ein besonders fühlbarer Mangel im Floridsdorfer Krankenhaus ist das Fehlen einer Unfallstation. Verunglückte sind dadurch oft zu weiten Transportwegen gezwungen. Aus diesem und anderen Gründen gilt Bürgermeister Jonas der herzliche Dank der Bevölkerung für die Initiative zum Bau des großen "Krankenhauses Ost". Die Anstalt ist aber auch Teil des Umwandlungsprozesses der Gebiete links der Donau und ein Schritt weiter auf dem Wege zur Neugestaltung des Spitalwesens überhaupt. Im Spitalwesen ergibt sich derzeit die Notwendigkeit, die Kapazität der Spitalsbetten besser auszunützen, und die Betriebskosten auf optimaler Höhe zu halten. Die Kombination eines Akut-Spitals mit einem Pflegeheim ist zweifellos ein bedeutender Fortschritt. Auch andere moderne Fragestellungen auf dem Gebiet des Spitalwesens dürfen nicht außer acht gelassen werden. Vor allem ist hier das Problem der vorstationären Diagnoserhebung zu nennen, die nach Meinung vieler Experten ein Weg zur Herabsetzung der Aufenthaltsdauer ist, ohne daß der Heilungsprozeß beeinträchtigt würde. Während in Wien die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Krankenhäusern 21 Tage beträgt, liegt sie in den Vereinigten Staaten bei zehn Tagen. In anderen europäischen Ländern und in den USA ist die vorstationäre Diagnose schon mit Erfolg angewendet worden. In Amerika ging man darüber hinaus zu einer ganz neuen Einteilung der Spitäler über: Sie erfolgt nicht mehr nach medizinischen Fachgebieten, sondern nach der Schwere des Erkrankungsgrades. Da gibt es vier Abteilungen für Schwerkranke, für Kranke, Genesende und Rekonvaleszente. Zwischen dem finanziellen Aufwand für die Intensivst-Station und der "Self-made-Station" für die Rekonvaleszenten besteht ein Kostengefälle von 60 Prozent. Außerdem wird bei dieser Einteilung weniger Personal benötigt, weil sich die Patienten der dritten und vierten Abteilung bereits vieles selbst machen.

Die SPÖ-Fraktion gebe diesem Geschäftsstück selbstverständlich gerne die Zustimmung.

Stadtrat Dr. Glück betonte im Schlußwort, daß es sehr schwierig sei, eine Rangordnung aufzustellen. Alle diese Dinge sind gleichrangig und gleich wichtig.

Die Planung werde nicht mehr soviel Zeit in Anspruch nehmen wie beim Rudolfspital, weil man in der Zwischenzeit viele Erfahrungen sammeln konnte. Er schätze aber, daß sechs bis sieben Jahre vergehen werden, bis das Spital fertig ist.

Es ist richtig, daß uns die Personalfrage die größten Sorgen bereitet; was aber in sieben Jahren sein wird, sei jetzt nicht vorzusehen. Er hoffe jedoch, daß sich die Personalsituation bessern wird, und zwar durch den Bau der Schwesternwohnungen und durch eine weitere finanzielle Besserstellung der Krankenschwestern. Die Kombination Spital mit Altersheim halte er für sehr glücklich.

Abschließend erklärte der Stadtrat, er freue sich, daß er heute in der Lage war, diesen so wichtigen Akt berichten zu können und hoffe, daß nun so rasch wie möglich begonnen werden wird.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Betatron für das Allgemeine Krankenhaus

Als nächstes referierte Stadtrat Dr. Glück (ÖVP) einen Antrag auf Anschaffung einer Betatron-Bestrahlungsanlage für das Zentralröntgeninstitut des Allgemeinen Krankenhauses. Die Kosten betragen sieben Millionen Schilling. Er verwies dabei darauf, daß die Anlage in Lainz bereits im Herbst in Betrieb sein wird und die Anlage im Wilhelminenspital in acht bis zwölf Monaten fertig sein soll.

Diese moderne Anlage hat den Vorteil, daß die Nachbargewebe rund um das Karzinom wesentlich mehr geschont werden. Dadurch kann die Strahlung verstärkt eingesetzt werden.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) ist sicher, daß diese Millionenbeträge selten besser angewendet werden können als für solche Zwecke. Wir sind dies der Bevölkerung schuldig, aber auch dem Ruf der Wiener Medizinischen Schule. Besondere Bedeutung gewinnt der

Antrag aber dadurch, weil damit wieder ein Kampfmittel mehr gegen einen der ärgsten Feinde der Menschen, den Krebs, eingesetzt werden kann.

GR. Dr. Gisel (SPÖ) führt aus: Vor 50 Jahren war das, was der Anatom Professor Julius Tandler täglich auf dem Obduktionstisch sah, Grund dafür, daran zu denken, mit den Mitteln, die dem Politiker gegeben sind, für die Gesundheit der Bevölkerung Entscheidendes zu tun. Die Wiener Krankheit, die Tuberkulose, hat inzwischen ihren Schrecken verloren, wenn wir auch im Jahr ungefähr 450 Tbc-Tote zu beklagen haben. Bei der Mehrzahl von ihnen ist es aber die unheilvolle Kombination von Tuberkulose und Alkoholismus, die diese Menschen frühzeitig fällt.

Im Jahre 1963 starben 26.154 Menschen, von diesen 5.698 an bösartigen Geschwulsterkrankungen. Die jährlichen Zahlen differieren dabei nur um fünf bis zwölf Geschwulsttote. Wir müssen uns daher ernsthaft darüber Gedanken machen, die bisherige Methodik zu ändern. Ich habe einmal gesagt, daß wahrscheinlich jeder von uns seinen Krebsherd im Leibe trägt, aber dieser bleibt bei den meisten von uns stumm. Es gibt tatsächlich ein inneres Zentrum, aus dem sich unter gewissen Voraussetzungen ein Krebs entwickeln kann. Natürlich kann er auch aus äußerlichen Ursachen entstehen.

Nun sollen wir ein neues Bestrahlungsgerät anschaffen. Es gibt auch heute noch Strahlentherapeuten von Rang, die der Meinung sind, daß ein Betatron kein unumgänglich notwendiges Bestrahlungsgerät sei, und die mit einem Kobaltgerät auszukommen gedenken. Bürgermeister Jonas war schon seinerzeit der Meinung, wir müßten, auch wenn das Betatron nicht für alle Krebsfälle das geeignete Instrument darstellt, es doch für diejenigen bereitstellen, die eines solchen Geräten wahrscheinlich bedürfen. Das Betatron wird in der Hauptsache bei Unterleibskrebs und bei Krebsgeschwülsten in tief gelegenen Geweben des Schädels verwendet werden. Schätzungsweise werden von den Patientinnen der beiden Universitäts-Frauenkliniken pro Jahr ungefähr 220 bis 250 Frauen einer Betatronbestrahlung zugeführt werden. Das bedeutet, da eine solche Bestrahlung sechs Wochen dauert, eine entsprechende Umdisponierung für die ärztliche Leitung und die Verwaltung des Allgemeinen Krankenhauses. Leider finden die Patientinnen aber eine ungünstige Situation vor. Die beiden Frauenkliniken liegen im sogenannten neuen Teil des Allgemeinen Krankenhauses, das Betatron wird im alten Zentralröntgeninstitut im alten Teil errichtet.

Das bedeutet einen Hin- und Hertransport wobei die Warteräume im Zentralröntgeninstitut äußerst unzulänglich sind. Daher geht die Bitte dahin, die Beförderungsmöglichkeiten so zu verbessern, daß diese Unzulänglichkeiten vermieden werden.

Dozent Dr. Gisel setzte sich dann nachdrücklich für die Schaffung eines Krebsspitals ein. Freilich muß man dafür die Grundlagen schaffen, indem man die falsche Meinung bekämpft, daß man ein derartiges Spital nicht mehr lebend verläßt, so wie man heute auf eine Unfallstation oder sogar in ein Unfallkrankenhaus kommen möchte, genauso sollte man sich wünschen, wenn man eine Geschwulst im Leibe hat, in einer Spezialstation behandelt zu werden. Es ist nicht so, daß nur das Messer, nur die Strahlenemission oder nur ein ganz bestimmtes Medikament anzuwenden sind; hier muß eine Zusammenarbeit einsetzen, die weit über das hinausgeht, was wir heute in einer Anstalt mit verschiedenen Abteilungen für diesen Zweck anbieten können. Die Bevölkerung ist heute noch immer zu leichtsinnig bei einer Geschwulstkrankheit. 1963 starben an Brustkrebs in Wien 360 Personen, darunter drei Männer. Daß 357 Frauen an Brustkrebs starben, zeigt, daß ein hoher Prozentsatz von ihnen die ersten Anzeichen übersehen hat. GR. Dr. Gisel drückt die Hoffnung aus, daß die Betatronanlage als Keimzelle für ein spezielles, für Geschwulstkrankheiten bestimmtes Zentrum gedacht werden könnte. Die Sozialisten sind der Meinung, daß die für die Anschaffung dieses Apparates nötigen Millionen gut angelegt sind.

In seinem Schlußwort erklärt Stadtrat Dr. Glück: Es wird hier einmal für Kanonen Geld ausgegeben, womit wir alle restlos einverstanden sind, worüber wir uns alle sehr freuen. Dr. Glück gab der Meinung Ausdruck, daß man mit den Erfolgen bei der Bestrahlung vom Operieren abrücken wird. Wenn die Bestrahlungen - und die Erfahrungen in anderen Städten scheinen das zu bezeugen - Erfolg haben, dann werden die Menschen auch diese Zentren aufsuchen, und die Angst vor dieser Krankheit wird abhehmen. Zweifellos ist die Unterbringung der vorgesehenen Betatron-Anlage nicht ideal, aber das Hin und Her ist leider ein Nachteil des Pavillonsystems. Deshalb haben wir uns wieder für einen Blockbau entschieden, der optisch sicher weniger schön ist als das Pavillonsystem, aber für den Patienten wesentlich angenehmer.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Vierte Subventionsliste 1965

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Genehmigung der vierten Subventionsliste 1965. Der Referent spricht über die Tätigkeit und den Aufgabenkreis der einzelnen Organisationen, die sich um Subventionen beworben haben. Laut Antrag sollen erhalten: der Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs 15.000 Schilling, die Arbeitsgemeinschaft der Verwalter der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten der Gemeinde Wien 5.000 Schilling, der Österreichische Bundesjugendring 20.000 Schilling, die Österreichische Gesellschaft "Rettet das Kind" 45.000 Schilling, das Österreichische Institut für Jugendkunde 35.000 Schilling, die Österreichische Liga für Menschenrechte 8.000 Schilling, die Österreichische Liga für die Vereinten Nationen 20.000 Schilling, die Österreichische Wasser-Rettung, Landesverband Wien 7.500 Schilling, der Österreichische Zivilinvalidenverband 10.000 Schilling, der Verein "Schülerheime" 990.000 Schilling, die Wiener Landwirtschaftskammer 260.000 Schilling und der Wiener Taubstummen-Fürsorgeverband WITAF 40.000 Schilling, insgesamt also 1,455.500 Schilling.

Der Referent ersucht, den gestellten Anträgen zuzustimmen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) stellt fest, daß in der vorliegenden Subventionsliste auch ein Betrag für den Österreichischen Bundesjugendring vorgesehen ist. Er habe bereits mehrmals namens seiner Fraktion den Standpunkt vertreten, daß er dieser Subvention nicht zustimmen kann, so lange durch eine Minderheit des Bundesjugendringes die Aufnahme aller sich darum bewerbenden Jugendorganisationen verhindert wird. Die Mehrheit der im Bundesjugendring zusammengefaßten Verbände ist für die Aufnahme anderer demokratischer Jugendverbände, aber angesichts der nach der Meinung des Redners komischen und verfassungswidrigen Statuten kann die Minderheit die Aufnahme durch ihr Veto verhindern. Der Unwille über die Haltung dieser Minderheit ergriff inzwischen weite Bevölkerungskreise. Selbst die Sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft, also ein Kreis, dem man keine Sympathien für die Freiheitlichen nachsagen kann, hat sich gegen die Methoden des Bundesjugendringes entschieden ausgesprochen. Im übrigen werden die Mittel für die Subventionen aus Steuerleistungen der gesamten Bevölkerung ermöglicht.

seine Fraktion könne daher der Subvention an den Österreichischen Bundesjugendring nicht zustimmen, so lange sich die Verhältnisse dort nicht geändert haben. Der Redner ersucht, über den Punkt 3 des Antrages, die Subvention an den Bundesjugendring, getrennt abstimmen zu lassen.

Vizebürgermeister Slavik stellt abschließend fest, der Bundesjugendring umfaßt die übergroße Mehrheit der in den Jugendorganisationen zusammengeschlossenen Jugendlichen. Er hat Statuten, die von der Vereinsbehörde genehmigt wurden und die daher Gültigkeit haben. Auf Grund dieser Statuten übt der Bundesjugendring seine Tätigkeit aus. Wir würden uns daher als Wiener Gemeinderat nicht richtig verhalten, setzten wir uns über den Bundesjugendring hinweg und über die Meinungsbildung, die dort vor sich geht. Wie sich die weitere Entwicklung beim Bundesjugendring vollziehen wird, kann heute niemand feststellen, Tatsache ist, daß der Bundesjugendring in letzter Zeit neue Jugendorganisationen aufgenommen hat. Es wäre notwendig, daß jene, deren Aufnahme bisher verweigert wurde, sich so verhalten, daß ihrer Aufnahme einhellig zugestimmt werden kann. Im übrigen wird der Bundesjugendring vom Bund und von der Gemeinde Wien subventioniert. Diese Subvention steht jedoch nicht zur Diskussion, da es sich heute nur um die Bewilligung eines Verwaltungskostenbeitrages von 20.000 Schilling handelt, der nichts mit der Subvention von einer Million zu tun hat. Gegen eine getrennte Abstimmung des Punktes 3 hat der Referent nichts einzuwenden.

Bei der Abstimmung wurde der vorliegende Antrag mit Ausnahme des Punktes 3, einstimmig angenommen. Der Punkt 3 wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Zinsfreie Darlehen für Einbau von Aufzügen in Althäusern

GR. Jodlbauer (SPÖ) stellt sodann den Antrag, zinsfreie Darlehen mit einer Laufzeit von zehn Jahren für den Einbau von Aufzügen in Althäusern zu den gleichen Bedingungen wie für Instandsetzungsdarlehen zu gewähren. Ferner beantragt er, in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen die Laufzeit des Darlehens bis zu 15 Jahren festzusetzen. Die Darlehen sollen bis zu einem Betrag von 300.000 Schilling gewährt werden. Diese Aktion wird vor allem jenen älteren Leuten unter unseren Mitbürgern zugute kommen, für die es mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, ihre Wohnungen in den oberen Stockwerken der Häuser zu erreichen.

GR. Windisch (SPÖ) stellt fest, daß ein Sechstel der gesamten Wiener Bevölkerung Personen umfaßt, die mehr als 65 Jahre alt sind; ein Großteil von ihnen wohnt in Häusern ohne Aufzug. Die städtische Wohnhausverwaltung geht schon seit Jahren mit gutem Beispiel voran, indem sie in alte Gemeindehäuser Aufzüge einbauen läßt.

GR. Windisch appelliert sodann an die Hauseigentümer, Gebrauch von den Möglichkeiten dieser neuen Kreditaktion zu machen, für die im übrigen auch alle rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, da der Paragraph 6 des Mietengesetzes vorsieht, daß ein Teil der Mietzinse auch für Verbesserungen am Haus verwendet werden kann. Abschließend sagt der Debattenredner: Es wäre begrüßenswert, wenn im Zuge der Koalitionsgespräche über das Wohnungsproblem in Österreich auch die Frage des Wohnungstausches alter Menschen erörtert werden könnte. Viele tausende alte Leute möchten ihre hochgelegenen Wohnungen sehr gerne gegen Wohnungen in den unteren Stockwerken tauschen, können dies jedoch nicht, weil die Hauseigentümer in den meisten Fällen ihre Zustimmung verweigern.

Da Berichterstatter GR. Jodlbauer auf sein Schlußwort verzichtet, wird sofort abgestimmt. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

ÖVP-Anfrage über Wohnbau und Finanzen der Stadtverwaltung

Anschließend erteilt die Vorsitzende, GR. Eleonora Hiltl, dem Schriftführer das Wort zur Verlesung der von den ÖVP-Gemeinderäten Dr. Maria Schaumayer und Dipl.-Ing. Dr. Strobl an die Stadträte für Bauangelegenheiten und für das Finanzwesen gerichteten dringlichen Anfrage, betreffend die derzeitige Situation auf dem Wohnbausektor beziehungsweise die finanzielle Entwicklung bei der Stadtverwaltung. Die Anfrage lautet:

"1) Wieso konnte vom Gemeinderat heuer erst der Neubau von 193 Wohnungen beschlossen werden, obwohl es zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres 1.993 Wohnungen waren und der Gesamtrahmen des Wohnbauprogrammes beider Jahre mit rund 5.000 Wohnungen gleich sein soll?

2) Da nicht anzunehmen ist, daß die zuständigen Stellen der Stadt Wien eine Unterschreitung des im Budget 1965 vorgesehenen Wohnbauprogrammes anstreben, stellen die gefertigten Gemeinderäte die Frage, welche Auswirkungen eine massierte Auftragsvergabe

während der Sommermonate haben wird und ob dies im Einklang mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des jahreszeitlichen Rhythmus von Bauarbeiten steht?

Da diese und andere Entwicklungen einen finanziellen Engpaß bei der Stadtverwaltung vermuten lassen, stellen die gefertigten Gemeinderäte ferner an den Herrn Amtsführenden Stadtrat für das Finanzwesen die Anfrage:

1) Wie haben sich die Einnahmen im ersten Vierteljahr 1965 entwickelt?

2) Wie hoch ist derzeit die Rücklage der Stadt Wien?

3) Wie hoch sind derzeit die Kassenbestände?"

Die Vorsitzende erteilt sodann GR. Dr. Maria Schaumayer das Wort zur Begründung der Anfrage. Dr. Schaumayer betont, die Anfrage selbst sei bereits hinreichend begründet; daher möchte sie nur kurz ihre Dringlichkeit unterstreichen. Der Wohnbau sei unbestritten jener Sektor der Kommunalpolitik, an dem die Bevölkerung seit Kriegsende das dringendste und unmittelbarste Interesse habe. Es wirke nun alarmierend, daß heuer in Wien bisher erst für 490 Wohnungen die Bauarbeiten öffentlich ausgeschrieben worden seien, während dies im Vorjahr zur gleichen Zeit schon für 2.007 Wohnungen der Fall gewesen war. Das sei im Vergleich zum Vorjahr ein Viertel. Vom Gemeinderat sei heuer bis heute erst der Bau von 193 Wohnungen beschlossen worden - einschließlich der 168 Montagebauwohnungen im 22. Bezirk -, während es 1964 zur gleichen Zeit bereits 1.993 Wohnungen gewesen seien. Das sei im Vergleich zum Vorjahr ein Zehntel.

Die Frage nach den Ursachen dieser rezessiven Entwicklung sei im zweiten Quartal berechtigt und dringend, denn das Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien für 1965 laute unverändert: 5.000 Wohnungen. Ein Zusammendrängen der Bautätigkeit auf die zweite Jahreshälfte würde nicht nur die Bauwirtschaft in ihren Dispositionen beeinträchtigen, sondern müsse fast zwangsläufig zu einem Ansteigen der Baukosten führen. Die Wohnbauexperten des Gewerkschaftsbundes hätten wiederholt betont, daß eine Erhöhung der Baukapazität wesentlich von der rechtzeitigen Vergabe und Vorbereitung der Bauten abhängt.

Auch der Sozial- und Wirtschaftsbeirat der Paritätischen Kommission habe an die öffentliche Hand den dringenden Appell gerichtet, Auftragsballungen zu vermeiden.

Es müsse daher gefragt werden, weshalb das größte Bundesland, Wien, diesen Forderungen nicht Rechnung getragen habe. Das sei umso weniger verständlich, als Großprojekte wie die Nordbrücke, die Kennedy-Brücke und die WIG schon im Vorjahr abgeschlossen und andere wie das Grundwasserwerk Lobau, Teile des neuen Allgemeinen Krankenhauses, die Tieflegung der Zweierlinie usw. im Vorjahr schon in Angriff genommen oder zumindest ausgeschrieben worden seien. Die Bauwirtschaft könne heuer also kaum stärker ausgelastet sein als im Vorjahr.

Im weiteren erklärt GR. Dr. Schaumayer: Die Vermutungen über die Ursachen konzentrierten sich naturgemäß auf einen finanziellen Engpaß der Stadtverwaltung. Und hier bedaure sie aufrichtig, daß auch die Gemeinderäte auf bloße Vermutungen angewiesen seien. Die Gemeinderäte wüßten nichts über die Rücklagen und Kassenbestände sowie die Einnahmen der Stadt Wien im ersten Vierteljahr. Während den Abgeordneten zum Nationalrat die entsprechenden Ziffern und Unterlagen allmonatlich zur Verfügung stünden, erfahre nicht einmal der zuständige Gemeinderatsausschuß etwas über die Einnahmentwicklung und die Kassenbestände. Der Gemeinderat aber habe das Recht der Budgetbewilligung und der Gebarungskontrolle. Es sei Pflicht der Gemeinderäte, sich nicht nur einmal im Jahr volle Gewißheit über die finanzielle Situation und Gebarung der Stadtverwaltung zu verschaffen.

Bei der Abstimmung wird sodann die Besprechung der Anfrage mit den Stimmen der SPÖ, FPÖ und KLS abgelehnt. Die Antwort wird daher auf schriftlichem Weg erfolgen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung in der kommenden Woche

=====

23. April (RK) In der kommenden Woche findet folgende Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung statt:

Donnerstag, 29. April:

17.30 Uhr, Mariahilf, Amerlingstraße 11, 1. Stock.

- - -

Wiener Kulinarisches Festival in Beirut
=====

23. April (RK) Vom 24. bis 30. April findet in dem führenden Hotel der libanesischen Hauptstadt, dem "Phönicia-Intercontinental-Beirut" das "Vienna Kulinari-Festival 1965" statt, das vom Fremdenverkehrsverband für Wien und den Austrian Airlines gemeinsam veranstaltet wird. Der aktuelle Anlaß hierfür ist die Aufnahme des Caravell-Dienstes der AUA Wien-Istanbul-Beirut. Die libanesische Hauptstadt, die als die Metropole des höchsten Lebensstandards des nahen Ostens gilt, zeigt sich vor allem an der berühmten Küche interessiert. So schickt Wien sechs prominente Köche unter Oberschulrat Duch von der Hotelfachschule, die sieben Tage lang die "Hohe Schule für Feinschmecker" vorexerzieren werden.

Die offizielle Delegation der Stadt Wien steht unter der Führung von Landeshauptmann-Stellvertreter Mandl als Präsident des Fremdenverkehrsverbandes für Wien. Den Ehrenschutz der Veranstaltung hat neben Stadtrat Mandl der österreichische Botschafter in Beirut Dr. Arthur Breycha-Vautier übernommen. Eine Reihe gesellschaftlicher Veranstaltungen im Phönicia-Hotel werden das kulinarische Festival umrahmen.

Es ist dies die dritte derartige Veranstaltung. In Frankfurt am Main und in London wurden schon früher mit großem Erfolg kulinarische Festwochen durchgeführt.

- - -

Beflaggung am 27. April
=====

23. April (RK) Wie bereits berichtet, hat Bürgermeister Jonas an die Wiener Bevölkerung appelliert, am 27. April anlässlich der 20. Wiederkehr des Tages der Befreiung alle Wohnhäuser zu beflaggen.

- - -

Miß Australia im Wiener Rathaus
=====

23. April (RK) Eierschalenfarbenedes Jackenkleid mit braunem Pelzbesatz und schickem Felzhütchen, dazu eine Tasche aus weißem Känguruhfell, sehr groß und schlank, so präsentierte sich heute im Roten Salon des Wiener Rathauses die "Miß Australia" Carole Jackson, die auf ihrer Weltreise zu einem kurzen Besuch auch nach Wien gekommen ist.

Vizebürgermeister Slavik begrüßte die junge Dame, die aus Perth in Westaustralien stammt und überreichte ihr einen Rosenkavalier aus Augartenporzellan. Er bedauerte, daß Miß Jackson nur so kurze Zeit in Wien sein könne und gab ihr deshalb auch einen Bildband über Wien mit "damit Sie zu Hause nachschauen können, was Sie in Wien alles nicht gesehen haben", wie der Vizebürgermeister meinte.

Miß Australia sagte "Danke schieen" und versicherte, daß sie trotz ihrem kurzen Aufenthalt bereits das gute Essen in Wien schätzen gelernt habe. Sie hat sich auch schon mit österreichischen Trachtenmoden eingekleidet, die sie ihren österreichischen Freunden in Australien vorführen will.

Nach dem Empfang besuchte die Vertreterin australischer Schönheit die Modeschule im Schloß Hetzendorf und die Körperbehindertenschule in Mauer. Am Abend - wie könnte es anders sein - wird sie einen Wiener Heurigen kennenlernen.- Dann geht es weiter nach Rom.

- - -

Kranzniederlegung am Montag!
=====

23. April (RK) Die feierliche Kranzniederlegung an der Präsidientengruft und am Grab des Nationalratspräsidenten Kunschak durch Bürgermeister Jonas findet Montag, den 26. April, um 11 Uhr statt (und nicht wie wir irrtümlich berichteten am Dienstag).

- - -

Die Kinder und das Kabel
=====

23. April (RK) Zu dem Vorfall am 18. April auf dem Grundstück Leipziger Platz übermittelt uns das E-Werk folgende Stellungnahme, die wir zur Information der Redaktionen weitergeben:

Das Grundstück ist derzeit eine nicht eingepflanzte Schutthalde. Für den elektrischen Hausanschluß war ursprünglich ein gemauertes Häuschen vorhanden, von wo aus das früher auf dem Grundstück stehende Gebäude mit elektrischer Energie versorgt wurde. Sowohl das Gebäude als auch das gemauerte Häuschen wurden entfernt, ohne daß eine Verständigung des E-Werkes erfolgte. Nach den "allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit elektrischer Arbeit aus dem Niederspannungsnetz der Wiener Stadtwerke-E-Werke" ist der Abnehmer verpflichtet, keinerlei Einwirkungen auf den Hausanschluß vorzunehmen oder vornehmen zu lassen. Wird der Anschluß gegen Beendigung des Versorgungsverhältnisses oder aus einem anderen Grund nicht mehr gebraucht, so ist eine schriftliche Verständigung des E-Werkes erforderlich, welches dann den Anschluß kostenlos demontiert. Die Abspaltung des besagten Anschlusses wurde von den E-Werken bisher aber weder schriftlich noch mündlich gefordert.

Es kann daher von Seiten des E-Werkes nicht beurteilt werden, ob der Hausanschluß durch unsachgemäße Arbeiten beim Abbruch oder durch Diebstahl oder aus irgendeinem anderen Grund beschädigt wurde, da zunächst keine Störung des Netzbetriebes auftrat und eine Verständigung anderer Art nicht erfolgte. Zweifellos ist durch diese Umstände eine gewisse Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit eingetreten, wie die Gefährdung spielender Kinder am 17. April beweist. Die Verantwortung dafür kann jedoch aus den angeführten Gründen keineswegs dem Wiener E-Werk angelastet werden, da es Pflicht des Abnehmers bzw. Grundstückseigentümers gewesen wäre, entweder rechtzeitig die Demontage des Anschlusses zu fordern oder, falls dieser noch gebraucht wurde, für entsprechende Sicherheitsmaßnahmen, wie etwa Einplankung, zu sorgen.

Trotzdem haben die E-Werke sofort nach Einlangen der Störungsmeldungen die Schadenstelle abgesichert und das schadhafte Kabel abgespleißt.

Hochwasser im Wienerwaldsee

=====

23. April (RK) Im Einzugsgebiet des Wienerwaldsees bei Tullnerbach, der das Wientalwasserwerk speist, fiel in den letzten Tagen eine Niederschlagsmenge von 270 Millimeter, was rund 15 Millionen Kubikmetern Wasser entspricht. Der Spiegel des Stausees, der 1,7 Millionen Kubikmeter faßt, stieg dadurch in kurzer Zeit zu einer noch nie dagewesenen Höhe an. Gestern nachmittag, als das Wasser des Sees nur mehr 25 Zentimeter unter der Fehrbahn der Bundesstraße 227 (Autobahnzufahrt) stand und die Schleusen um 85 Zentimeter überflutete, leiteten die Wiener Wasserwerke Maßnahmen ein, um den Wasserstand zu senken. Durch den Bruch einer Halterungsschraube an einem der Regulierungsmechanismen war die Entriegelung der Sperrvorrichtung nicht sogleich möglich. Obwohl die Feuerwehr mit einer Tauchmannschaft zu Hilfe eilte, gelang es erst in den heutigen Vormittagsstunden, die Wehranlage zu entriegeln. In diesem Zustand soll sich die Absperrung automatisch entsprechend einem vorgewählten Wasserstand regulieren. Durch die ungewöhnlichen Regenfälle hatten sich aber mittlerweile die Betriebsbedingungen in bisher noch nie erlebter Weise verändert. Aus technisch noch ungeklärter Ursache öffnete sich die Wehranlage viel rascher, als es beabsichtigt war. So kam es heute gegen 11 Uhr zu einer etwa zwei Meter hohen Flutwelle, die sich rund zwei Stunden lang in den Abfluß des Wienerwaldsees ergoß. Die bereits gestern durch das Hochwasser des Tullnerbaches überschwemmten Gebiete der Minder- und Post-Siedlung in der Gemeinde Purkersdorf wurden dadurch noch mehr unter Wasser gesetzt. In einzelnen Kellern steht das Wasser einen Meter hoch. Um 13 Uhr hat sich die Abflußmenge aus dem Wienerwaldsee wieder normalisiert.

Stadtrat Pfoch besichtigte in den frühen Nachmittagsstunden in Begleitung von Obersenatsrat Dipl.-Ing. Seda und dem Leiter der Wasserwerke Senatsrat Dipl.-Ing. Geilhofer die Stauanlagen des Wienerwaldsees und die Überschwemmungsschäden in der Post- und Minder-Siedlung. Stadtrat Pfoch gab den Auftrag, sofort nach Rückgang des Hochwassers eine Maschinenbaufirma mit der Überprüfung der Sperrvorrichtungen des Wienerwaldsees zu betrauen.

Richtigstellung

=====

23. April (RK) In unserem heutigen Bericht über die Gemeinderatssitzung soll es auf Blatt 883 richtig heißen, daß hinsichtlich der ÖVF-Anfrage über Wohnbau und Finanzen der Stadtverwaltung für eine Besprechung der Anfrage nur die ÖVP und die FPÖ gestimmt haben. Die Antwort wird daher auf schriftlichem Weg erfolgen.

- - -